

Rathaus- Korrespondenz

553
gegründet 1861



Mittwoch, 20. Dezember 72

Blatt 3178

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte:

Nekula: Energiekonzept im nächsten Jahr

44 Stunden Budgetdebatte

Karlsplatz: Schwierigster Tunnelbau abgeschlossen

Premiere der Wiener U-Bahn

Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Lokal:

Dr. Karl Josef Feiler - 85. Geburtstag

Noch Verkehrsbehinderung am Lerchenfelder Gürtel

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte:

Nekula: Energiekonzept im nächsten Jahr
=====

Wien, 20. 12. (RK) Falls sich nicht entscheidende Planungsänderungen als notwendig erweisen, wird dem Wiener Gemeinderat im kommenden Jahr der Entwurf eines Wiener Energiekonzeptes vorliegen. Dies erklärte Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) in seinem Bericht über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1973.

"Da ich bereits als Gemeinderat auf die Notwendigkeit einer solchen Energieplanung hingewiesen habe, war es mir nach Übernahme der Geschäftsgruppe ein besonderes Anliegen, die entsprechenden Aufträge zu geben," sagte Nekula. Im November 1969 wurden die Besprechungen begonnen. Als vordringlich erwies sich dabei die Schaffung einer Koordinierungsstelle, deshalb wurde in der Generaldirektion das Energiereferat eingerichtet. Neben der Arbeit am umfassenden Konzept hat das Referat seither bereits bei der gesamten Neubautätigkeit die jeweils wirtschaftlichste Energieversorgung empfohlen. Das Konzept konnte nicht in wenigen Monaten abgeschlossen werden, weil zuerst die vorhandenen Entwicklungs- und Ausbaupläne bei den Energieträgern, wie Gaswerke, E-Werke und Heizbetriebe, überprüft und aufeinander abgestimmt werden müssen.

Die E-Werke müssen mit einer Verdopplung des Strombedarfs in achteinhalb Jahren rechnen. Deshalb werden derzeit das Kraftwerk Donaustadt und das Gasturbinenkraftwerk Leopoldau gebaut. Dafür sind nächstes Jahr 487 Millionen vorgesehen, noch mehr allerdings, nämlich 708 Millionen, sind für Umspannwerke und das Leitungsnetz notwendig.

Die Gaswerke setzen die Umstellung auf Erdgas fort. Hatte man in der ersten Planung mit einer Umstelldauer von zwanzig Jahren gerechnet und beim Beginn der Aktion mit zwölf Jahren, so kann nun angenommen werden, daß sie acht Jahre dauert, also bis Ende 1978 abgeschlossen sein wird.

Bei den Verkehrsbetrieben sinkt die Zahl der Fahrgäste nicht mehr. Auch die Erwartung mancher, die vor einem Jahr notwendig gewordene Tarifierhöhung werde einen Fahrgastschwund auslösen, erfüllte sich nicht.

Untersuchungen haben ergeben, daß für die Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln erstens die Reisegeschwindigkeit, zweitens die Intervalle, drittens die Ausstattung des Fahrzeuges und erst in vierter Linie der Tarif maßgebend sind. Um die ersten beiden Ziele zu erreichen, muß dem Massenverkehrsmittel der nötige Verkehrsraum gesichert und der Vorrang eingeräumt werden. Daß dies nicht utopisch ist, wurde in der verkehrsarmen Zone Mariahilfer Straße bewiesen: Das Zwei-Minuten-Intervall konnte eingehalten werden, und die Frequenzsteigerungen an den bisherigen drei Samstagen beweisen, daß die Bevölkerung durchaus bereit ist, das Massenverkehrsmittel zu verwenden. Es wäre allerdings Maschinenstürmerei, würde man annehmen, daß die gesamte Stadt in eine verkehrsarme Zone ohne Autos verwandelt werden könnte. Was wirklich geschehen kann, zeigt das erste Beschleunigungsprogramm der Verkehrsbetriebe. An einem zweiten Beschleunigungsprogramm, das neben verkehrsregulierenden auch technische und gesetzliche Änderungen vorsieht, wird gearbeitet.

Stadtrat Nekula wandte sich gegen die Behauptung, die Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe seien die höchsten Europas. Infolge der Sozialtarife, der höchsten aller vergleichbaren europäischen Verkehrsbetriebe, beträgt der Durchschnittserlös pro Fahrgast heuer 314 Groschen. Da die Verkehrsbetriebe die Mehrwertsteuer nicht an ihre Fahrgäste weitergeben, wird der Durchschnittserlös nächstes Jahr auf 290,7 Groschen sinken.

Die Übernahme der Mehrwertsteuerlasten durch die Verkehrsbetriebe, die im kommenden Jahr 55 Millionen kostet, ist im Wirtschaftsplan bereits berücksichtigt. Die später beschlossene teilweise Übernahme der Mehrwertsteuer für Gas und Strom ist noch nicht berücksichtigt. Der vorliegende Erfolgsplan, der einen Überschuß von 68 Millionen ausweist, verschlechtert sich dadurch um 24,5 Millionen Schilling - 12,5 Millionen bei den E-Werken, 8,5 Millionen bei den Gaswerken und 3,5 Millionen für einmal zusätzlich Zähler ablesen.

Zur Erfüllung ihrer Versorgungspflicht müssen die Stadtwerke nächstes Jahr 1.990 Millionen Schilling investieren. Eine Milliarde davon soll durch eine Anleihe in voraussichtlich zwei Tranchen gedeckt werden, 253 Millionen müssen vorläufig mangels Bedeckung gesperrt werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

L o k a l :

=====

dr. karl josef feiler - 85. geburtstag

2 wien, 20.12. (rk) am 25. dezember vollendet der direktor des oesterreichischen staatsarchivs, hofrat i.r. dr. karl josef feiler, das 85. lebensjahr.

karl josef feiler wurde am 25. dezember 1887 in bruck a.d. leitha als sohn des arztes dr. leopold feiler und dessen gattin maria, geb. weiss, geboren. nach der absolvierung des gymnasiums studierte er an der wiener universitaet geschichte und ethnologie und promovierte 1919 zum doktor phil. von 1907 bis 1919 war er in der verwaltung der staatseisenbahnen. nach vollendung seiner hochschulstudien wurde er 1919 in den archivdienst des staatsamtes fuer verkehrswesen berufen und 1926 als vorstand des 'verkehrswissenschaftlichen fachdienstes' im bundesministerium fuer handel und verkehr besonders beauftragt mit der geschichtswissenschaftlichen erschliessung und auswertung der fuer das gesamte oeffentliche verkehrswesen einschlaegigen archiv- und museumsquellen. 1945 wurde er direktor des archivs des bundeskanzleramtes. 1953 trat er in den ruhestand.

0931

L o k a l :

=====

noch verkehrsbehinderung am Lerchenfelder guertel

3 wien, 20.12. (rk) die verkehrsbehinderung am Lerchenfelder guertel in ottakring dauert auch mittwoch vormittag an. derzeit ist lediglich die linke fahrspur des aeusseren Lerchenfelder guertels frei.

wie gemeldet, war es dienstag abend zu einem wasserrohrbruch gekommen, bei dem grosse teile der fahrbahn und des gehsteigs unterschwemmt wurden. der schaden an dem 150-mm-wasserrohr war bis mittwoch frueh durch die wasserwerke behoben worden. auch hat sich die wasserversorgung fuer die angrenzenden haeuser wieder normalisiert. die zunaechst provisorische sanierung der fahrbahnschaeden wurde in angriff genommen.

die sanierungsarbeiten nach dem wasserrohrbruch am Lerchenfelderguertel in ottakring gehen planmaessig voran, so dass bis zur nachmittagsverkehrsspitze heute, mittwoch, mit der freigabe der zweiten fahrspur zu rechnen ist. die sanierung der restlichen fahrbahn soll in den naechsten zwei bis drei tagen abgeschlossen werden.

1131

k o m m u n a l :

=====

premiere der wiener u-bahn

4 wien, 20.12. (rk) in der budgetdebatte des wiener gemeindegemeinderates teilte stadtrat franz nekula mit, dass der erste doppel-triebwagen der wiener u-bahn betriebsbereit ist. donnerstag, 21. dezember, um 0 uhr, wird der u-bahn-wagen seine erste probe-fahrt auf der bereits u-bahnmaessig ausgebauten probestrecke zwischen den stadtbahnstationen heiligenstadt und friedensbruecke absolvieren. wie stadtrat nekula erklarte, findet diese fahrt deshalb zur geisterstunde statt, weil der normale stadtbahnbetrieb, der bis 23.50 uhr dauert, nicht gestoert werden soll.

1005

k o m m u n a l :

=====

karlsplatz: schwierigster tunnelbau abgeschlossen

5 wien, 20.12. (rk) klein, aber oho, koennte man den juengsten tunnel bezeichnen, dessen durchschlag tiefbaustadtrat kurt h e l l e r am mittwoch vornahm: obwohl der tunnel, der kuenftig fuer die fahrgaeste die rascheste gehverbindung von der halte-stelle der u 4 - der umgebauten stadtbahn - zu der von u 1 und u 2 gewaehrleisten wird, bloss 37 meter lang ist, machte sein bau die groessten schwierigkeiten. und zwar aus zwei gruenden: erstens liegt die tunneldecke bloss einen halben bis zu 1,5 meter unterhalb der fundamente des wienflussbettes und zweitens mussten sich die mineure geradezu durch einen wall aus den pfaehlen der alten elisabethbruecke durcharbeiten. dieser tunnel unterhalb der wien wurde in einer klassischen bergbaumethode hergestellt. die mineure jedenfalls hoben dienstag beim durchschlag hervor, sie haetten mit diesem tunnel den weitaus schwierigsten abschnitt im bereich karlsplatz hinter sich gebracht. in einer kurzen ansprache wuerdigte stadtrat heller die leistung der ingenieure und arbeiter und zeigte sich besonders darueber befriedigt, dass diese schwierige arbeit innerhalb von sechs wochen ohne unfall vollbracht werden konnte. ausserdem betonte der tiefbaustadtrat ausdruecklich, dass die 'baubremsen' auf keinen fall beim u-bahn-bau zur anwendung gelangen werde.

k o m m u n a l :

=====

44 stunden budgetdebatte

6 wien, 20.12. (rk) die diesjaehrige budgetdebatte des wiener gemeinderates dauerte einschliesslich der beratungen ueber den wirtschaftsplan der stadtwerke praezise 44 stunden und 25 minuten. das laengste stadtrat-referat hielt otto s c h w e d a mit einer stunde und 16 minuten, das kuerzeste steuerte vizebuurgermeister hans b o c k mit 23 minuten bei. an der debatte waehrend der acht tage beteiligten sich insgesamt 81 redner. den laengsten diskussionsbeitrag lieferte gr. dr. h a b l (oevp) mit 49 minuten, den gegenteiligen rekord schaffte gr. herbert m a y r (spoe) mit bloss 40 sekunden, als er sich zwischen-durch kurz zu wort meldete.

1321

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über die Stadtwerke

Alle Redner, die zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1973 Stellung nahmen, sprachen sich für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs aus. Stadtrat Nekula faßte diese Meinungsäußerungen zusammen: "Es genügt nicht, festzustellen, daß die Stadt dem Verkehr nicht geopfert werden darf. An Stelle von Lippenbekenntnissen müssen Maßnahmen treten, die der Aufgabenstellung des Massenverkehrsmittels gerecht werden." Nach Meinung von GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) dürfe dies nicht durch Schikanen gegen die Autofahrer geschehen. Die öffentlichen Verkehrsmittel müßten attraktiver werden, wobei besonders eigene Gleiskörper wertvoll wären. GR. Schreiner (SPÖ) erklärte, daß die Wiener Verkehrsbetriebe durch moderne Fahrzeuge und Verbesserungen des Liniennetzes auf dem besten Wege zur größeren Attraktivität seien. Wenn diese Attraktivität fehlt, seien die Gründe dafür außerhalb der Verkehrsbetriebe zu suchen. Die nötige Verkehrsfläche sei den Verkehrsbetrieben durch die Autos einfach weggenommen worden. Man müßte sie für Straßenbahn und Autobus zurückgewinnen.

GR. Joachim Müller (DFP) kritisierte, daß die Sanierung der Stadtwerke, die bei der Übernahme von Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung angekündigt worden ist, offenbar nicht gelungen sei. Weiter führte er aus, daß es im Liniennetz der Verkehrsbetriebe noch "weiße Flecken" gebe. So fehle zum Beispiel eine Querverbindung durch die westlichen Bezirke.

GR. Klement (FPÖ) äußerte Bedenken wegen der steigenden Zinsbelastung der Stadtwerke durch die wachsende Verschuldung. Trotz eines nominellen Gewinns in der Erfolgsbilanz habe sich die wirtschaftliche Lage der Unternehmungen eher verschärft. Die Einsparung von 360 Mitarbeitern der Verkehrsbetriebe sei begrüßenswert, doch könnten durch vernünftigen Personaleinsatz in den Werkstätten, Reduzierung von Dienststellen und mehr schaffnerlose Wagen weitere Kosten eingespart werden. Abzulehnen sei jeder Gedanke an eine Tarifierhöhung.

GR. Dkfm. Amann (ÖVP) bezeichnete die Energie- und Verkehrspolitik als entscheidende Triebkräfte der Entwicklung. Die Zukunft der Menschheit liege in den Städten. Das Thema Stadt müsse

in der nationalen und internationalen Politik den zentralen Platz einnehmen, der ihm gebühre. Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke gebe es zahlreiche Ansätze für eine bessere Zukunft, aber verschiedenes sei unbefriedigend. Fahrgastschwund und Personalmangel bei den Verkehrsbetrieben sowie steigende Investitionsbedürfnisse auf dem Energiesektor ließen steigende Schwierigkeiten erwarten. Die Übernahme von Pensionslasten durch die Finanzverwaltung sei erfreulich, genüge aber nicht. Vor allem auf dem Kapitalektor seien Injektionen nötig. Die Mehrwertsteuer sei vom Finanzminister unüberlegt eingeführt worden. Die Übernahme von Mehrwertsteuerlasten durch die Stadtwerke sei eine positive Maßnahme, gehe jedoch auf Kosten der Substanz. Die Vertretung umweltfreundlicher Heizungen sei besonders bedauerlich. In der Energieversorgung stünden einige kritische Jahre bevor, man habe verabsäumt, rechtzeitig vorzusorgen. Der Redner kritisierte, daß noch kein Energiekonzept vorliege und fragte, ob sich Wien am zweiten österreichischen Kernkraftwerk beteiligen werde. Die großartige Leistung der Gaswerke bei der Umstellung auf Erdgas werde durch kleine, für den betroffenen Bürger jedoch wichtige Mängel abgewertet.

GR. Schreiner (SPÖ) unterstrich, daß Wien ohne die Leistungen der Stadtwerke nicht existieren könnte. In den Ziffern und Bilanzen sei die Größe dieser Leistungen nicht leicht erkennbar. Mit der Inbetriebnahme des Kraftwerkes Donaustadt im Herbst nächsten Jahres werde die derzeitige installierte Leistung von 510 Megawatt um 30 Prozent erhöht. Wenn man der gegenwärtigen Bundesregierung vorwerfe, es sei für die Sicherung der Stromversorgung im kommenden Winter nicht ausreichend vorgesorgt worden, dann gehe dieser Vorwurf an die falsche Adresse, denn diese Vorsorge hätte vor vier oder fünf Jahren getroffen werden müssen, als noch jemand anderer dafür verantwortlich gewesen sei. Ähnlich sei es mit dem Energiekonzept: 24 Jahre lang sei die ÖVP für die Stadtwerke verantwortlich gewesen, aber erst seit die SPÖ auch dieses Ressort übernommen habe, verlange die ÖVP ein Energiekonzept. Diese Arbeit sei jedoch kompliziert und erfordere ihre Zeit. Der Redner verwies auf die außerordentlich hohen Investitionen der E-Werke, auf die rasche und fast reibungslose Umstellung auf Erdgas und auf die ständige steigende Zahl modernster Fahrzeuge der Verkehrsbetriebe. Den Stadtwerken seien nicht nur gewaltige Versorgungs- und Dienstleistungen zu verdanken, sondern auch wesentliche Beiträge

zur Verbesserung der Umwelt. Solche Dienste hätten jedoch ihren Preis. Man müsse dafür sorgen, daß die Geldmittel zur Verfügung stehen, die gebraucht werden. Ein Privatunternehmer würde bei einer Bilanz, wie sie die Verkehrsbetriebe haben, entweder die Preise verdoppeln oder zusperren. Für die Verkehrsbetriebe ist weder das eine noch das andere möglich. Man müsse neue Wege zur finanziellen Besserstellung der lebenswichtigen Unternehmungen suchen.

Stadtrat Nekula (SPÖ) verwies im Schlußwort darauf, daß die E-Werke zur Sicherung der Stromversorgung in achteinhalb Jahren rund 15 Milliarden Schilling (nach Preisen von 1971) investieren müssen. Natürlich werden dafür auch Fremdmittel benötigt, wie sie selbstverständlich auch die Privatwirtschaft für Investitionen in Anspruch nimmt. Über die Beteiligung am zweiten Kernkraftwerk habe die Verbundgesellschaft erste Gespräche mit den Landesgesellschaften begonnen. Für den schaffnerlosen Betrieb seien bereits 48 Trieb- und 378 Beiwagen umgebaut, nächstes Jahr kommen weitere 27 Trieb- und 57 Beiwagen dazu. Stadtrat Nekula verwies auf die Verlängerung der Straßenbahnlinie 167 ab heute. Nächstes Jahr werde dort weitergebaut, weil diese Linie auch das WIG-Gelände und das Kurzentrum Ober-Laa erschließen werde.

Abstimmung: Die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1973 wurden von SPÖ und ÖVP genehmigt.

Energie und Mehrwertsteuer

In der auf die Beschlußfassung des Wirtschaftsplanes folgenden Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates stand die von Stadtrat Nekula (SPÖ) beantragte Zwischenlösung bei der Anwendung der Mehrwertsteuer auf die Gas- und Stromtarife zur Diskussion. Beantragt wurde die Übernahme der Mehrwertsteuer auf den Haushalts-Grundtarif bei Strom durch die E-Werke für die Zeit vom 1. Jänner bis zum 30. April 1973 (Post Nr. 46). Die anfallenden Belastungen für die E-Werke betragen 12,5 Millionen Schilling.

Derselbe Antrag für denselben Zeitraum wurde auch für jene Gasmengen gestellt, die zum Kochen und zur Warmwasserbereitung dienen. Hier übernimmt die Belastungen (8,5 Millionen) das Gaswerk (Post Nr. 47).

Nach Ablauf dieser Übergangsfrist soll laut Antrag der Umsatzsteuersatz von acht Prozent auch auf diese Tarife Anwendung finden (Strom: Post Nr. 98, Gas: Post Nr. 99).

GR. Neusser (ÖVP) bezeichnete diese Lösung als eine "Bestrafung aller jener, die sich eine umweltfreundliche Heizung angeschafft" hätten. Außerdem seien die Anträge der klare Beweis für die direkte Überwälzung der Mehrwertsteuer auf den Konsumenten. Neusser beantragte namens der ÖVP die Einbeziehung des Haushalts-Nachtstromtarifs sowie jener Gasmengen, die für die Wohnungsheizung Verwendung finden.

GR. Busta (SPÖ) stellte fest, daß diese Zusatzanträge und die Äußerungen Neussers ein klares Bekenntnis zum Verursacherprinzip seien. Daran werde man den Wirtschaftsbund noch erinnern müssen. Im übrigen vermisse er dabei den Appell an die Mineralölwirtschaft und die Kohlenhändler, ihre Konsumenten von den Auswirkungen der Mehrwertsteuer zu verschonen.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) erklärte, er sehe den Grund der augenblicklichen Auseinandersetzungen darin, daß die Kommunalwirtschaft nicht schon bei der Ausarbeitung des Umsatzsteuergesetzes 1972 der immerhin einigermaßen zahlreichen Befreiungen teilhaftig geworden sei.

In seinem Schlußwort bekannte sich Stadtrat Nekula voll und ganz zum Umweltschutz, legte aber Wert auf die Feststellung, daß die E-Werke niemals - wie es in der Debatte angeklungen war - Reklame für Nachtstromheizungen gemacht hätten. Tatsächlich würden alle jene, die ihre Wohnungen mit Kohle und Öl heizen, voll von den Auswirkungen der Mehrwertsteuer betroffen werden.

Abstimmung: Post 46: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Post 47: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Post 98: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Post 99: Einstimmig angenommen.

Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Bürgermeister Slavik gab zum Schluß der Sitzung einen Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr, beziehungsweise eine Vorschau auf das Jahr 1973. Mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Voranschlag seien die Weichen gestellt worden. Die Beratungen wären stets sachlich und gründlich geführt worden, wobei durch die Berichte der große Umfang der Leistungen der Stadtverwaltung sichtbar wurde. Das Jahr 1973 werde manche Zäsur mit sich bringen und jeden Einzelnen mit den damit verbundenen Problemen konfrontieren. Der Budgetvoranschlag der Bundeshauptstadt fällt in eine Zeit der Bemühungen um eine allgemeine Stabilisierung. Wien hat hier als erstes Bundesland Maßnahmen gesetzt, durch die die Stabilisierungsbemühungen der Bundesregierung unterstützt werden sollen.

Auch im kommenden Jahr werden die Arbeiten an verschiedenen großen Projekten weitergehen. Als eines der Hauptanliegen bezeichnete der Bürgermeister den Umweltschutz, wobei er gleichzeitig die Versicherung abgab, daß die Stadtverwaltung in ihrem Bemühen um die Erhaltung der Umwelt den Menschen stets im Mittelpunkt stellen werde.

Abschließend dankte der Bürgermeister der Wiener Bevölkerung für deren Mithilfe und ihr stets gezeigtes Verständnis für die Arbeit der Stadtverwaltung. Ebenso dankte er allen Bediensteten der Verwaltung und der städtischen Unternehmungen, aber auch den Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates für ihre Mitarbeit.

Unter allgemeinem Beifall richtete der Bürgermeister dann als Sprecher der Bundeshauptstadt sowohl an die österreichische Bevölkerung als auch an alle Wienerinnen und Wiener Grüße und gute Wünsche für die Feiertag.

Anschließend daran überbrachten Landtagspräsident Dr. Stemmer (SPÖ) sowie die Fraktionsführer Prof. Bittner (ÖVP), Dr. Hirnschall (FPÖ) und Dr. Tuma (DFP) ihrerseits dem Bürgermeister Glückwünsche zu den Weihnachtsfeiertagen und zum Neuen Jahr.

(Ende des Sitzungsberichtes.)